



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Infrastruktur
Domplatz 12
39104 Magdeburg



INVESTITIONSBANK
SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt die Zuweisung aus dem Programm

Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT FuE Hochschulbau (21-27)

Finanzplanebene 11.05.0. – Ausbau der öffentlichen FuE-Infrastruktur (Hochschulbau)

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Hochschule/ Universitätsklinikum

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Umsatzsteuer-ID (falls vorhanden)

Steuernummer (bitte immer angeben)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %.

Rechtsform

1.2 Ausführende Stelle - Hochbau

Institution

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Umsatzsteuer-ID (falls vorhanden)

Steuernummer (bitte immer angeben)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)

1.3 Ausführende Stelle - Grunderwerb

Institution		
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		
Umsatzsteuer-ID (falls vorhanden)		Steuernummer (bitte immer angeben)
Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)		

2. ANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1)

Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabenbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	<input type="text" value="Tag/Monat/Jahr"/>	geplantes Ende des Vorhabens	<input type="text" value="Tag/Monat/Jahr"/>
----------------------	---	------------------------------	---

2.4 nur EFRE: Kompatibilität mit der Regionalen Innovationsstrategie (RIS) des Landes Sachsen-Anhalt

Welchem der folgenden Leitmärkte bzw. Querschnittsbereiche ist das Vorhaben zuzuordnen?

Leitmarkt:

<input type="checkbox"/> Energie, Maschinen- und Anlagenbau, Ressourceneffizienz	<input type="checkbox"/> Gesundheit und Medizin	
<input type="checkbox"/> Mobilität und Logistik	<input type="checkbox"/> Chemie und Bioökonomie	<input type="checkbox"/> Ernährung und Landwirtschaft

Querschnittsbereich:

<input type="checkbox"/> Informations- und Kommunikationstechnologien	<input type="checkbox"/> Schlüsseltechnologien	<input type="checkbox"/> Kreativ- und Medienwirtschaft
<input type="checkbox"/> Grüner Wasserstoff	<input type="checkbox"/> Leichtbau	<input type="checkbox"/> Algenbiotechnologie

2.5 Angabe der Sollwerte zu Indikatoren

Indikator(en) (Code und Bezeichnung)	Soll-Wert (Prognose zum Zeitpunkt der Antragstellung)	
RCO06: Zahl der in unterstützten Forschungseinrichtungen tätigen Forscher	<input type="text"/>	in VZÄ*

*VZÄ = Vollzeitäquivalente. Bitte Teilzeitbeschäftigte in Vollzeitbeschäftigte umrechnen

2.6 Ziel des Vorhabens

2.6.1 Stärkung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt

In welchem Umkreis wirkt sich der Beitrag zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Sachsen-Anhalt aus (regional, landesweit bzw. bundesweit)? Bitte begründen.

2.6.2 Grad des Anwendungsbezuges

Beschreibung des Anwendungsbezugs der Forschungen, die durch die Umsetzung der Infrastrukturmaßnahme realisiert werden können. Wie hoch wird der Grad des Anwendungsbezugs (Angabe in Prozent) eingeschätzt?

2.6.3 Grad der Praxisorientierung

Inwieweit werden mit der Umsetzung der Maßnahme Forschungsvorhaben realisiert, die vornehmlich aus praxisrelevanten Problemstellungen abgeleitet werden? Wie hoch wird der Grad der Praxisorientierung (Angabe in Prozent) eingeschätzt?

2.6.4 Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft

Welche Kooperationsmöglichkeiten der Hochschulen mit regionalen Unternehmen ergeben sich durch die Umsetzung des Vorhabens? Wie hoch wird der Anteil an Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft (Angabe in Prozent) eingeschätzt?

2.7 Darstellung der wirtschaftlichen Nutzung des Vorhabens

2.7.1 Wird die Forschungseinrichtung/ Forschungsinfrastruktur wirtschaftlich als auch nichtwirtschaftlich genutzt?

Ja Nein, die Nutzung erfolgt ausschließlich wirtschaftlich nichtwirtschaftlich

2.7.2 Sofern vorstehende Frage mit „Ja“ beantwortet wurde:

Erfolgt eine klare Trennung zwischen der geförderten nichtwirtschaftlichen Tätigkeit und einer wirtschaftlichen Tätigkeit nach Kosten, Finanzierung und Erlösen?

Ja Nein

Hinweis: Wenn ja, bitte kurz darstellen, wie die Trennung in der Forschungseinrichtung erfolgt!
Wenn nein, bitte erläutern, warum die Trennung nicht erfolgt!

2.7.3 Ist die wirtschaftliche Nutzung eine reine Nebentätigkeit,

a) die mit dem Betrieb der Forschungseinrichtung oder der Forschungsinfrastruktur unmittelbar verbunden und dafür erforderlich ist?

Ja Nein

b) die in untrennbarem Zusammenhang mit der nichtwirtschaftlichen Haupttätigkeit steht und ihr Umfang begrenzt ist?

Ja Nein

3. BESCHREIBUNG DES VORHABENS

3.1 Projektbeschreibung

kurze, prägnante Beschreibung, Nennung des begünstigten Fachbereiches, Art und Zeiträume der künftigen Nutzung

3.2 Begründung der Notwendigkeit der Maßnahme

4. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

4.1 Geplante Ausgaben (in Anlehnung an die Kostengruppen nach DIN 276) (in Euro)

	Gesamtkosten	Förderfähige Kosten	Nicht förderfähige Kosten
Grunderwerb	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Erschließungs- und Baukosten	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Erstmalige Einrichtung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der geplanten Ausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

4.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen (in Euro)

Jahr	geplante Gesamtausgaben	beantragte Zuweisung Forschungsinfrastruktur
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>	<input type="text"/>

4.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
Beantragte Zuweisung Sachsen-Anhalt WISSENSCHAFT FuE Hochschulbau (21-27)	<input type="text"/>
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

5. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Anlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

6. ERKLÄRUNGEN DER/ DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/ Wir erkläre(n):

- a) Mir/ Uns sind die geltenden Fördergrundsätze des Ausbaus der öffentlichen FuE-Infrastruktur (Hochschulbau) in der Förderperiode 2021-2027 in der jeweils gültigen Fassung, bekannt. Mir/ Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuweisung nach § 34 LHO nicht besteht und dass ich/ wir im Falle einer Bewilligung für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den vg. Fördergrundsätzen werden anerkannt.
- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Mir/ uns ist das Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn bekannt (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB).
Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe/n ich/wir vor Antragstellung noch nicht begonnen. Mir/ Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks.
- c) Hiermit versichere ich/ versichern wir, dass bei der Planung des Vorhabens auch die Betriebs- und Instandhaltungskosten für das beantragte Vorhaben mit Infrastrukturinvestitionen bzw. produktiven Investitionen berücksichtigt wurden und damit Vorkehrungen getroffen wurden, die finanzielle Tragfähigkeit des Vorhabens zu gewährleisten. Mir/uns ist bekannt, dass ich/ wir im Falle einer Förderung des beantragten Vorhabens, die getroffenen Vorkehrungen jederzeit nachweisen können muss/ müssen.
- d) Ich versichere/ Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- e) Ich/ Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- f) Ich/ Wir erkläre(n), dass die Förderung sich ausschließlich auf den nichtwirtschaftlichen Bereich der Hochschule und Universitätsklinik bezieht und dass im Falle der Ausübung von wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Tätigkeiten die Kosten, Erlöse und Finanzierungen klar voneinander getrennt werden. Ich kann/ Wir können zu diesem Zweck eine getrennte Buchführung für beide Bereiche nachweisen. (bitte ankreuzen).
Falls Nein:
Ich/ Wir erkläre(n), dass sofern die Hochschule sowohl wirtschaftlich als auch nicht wirtschaftlich genutzt wird, gewährleistet sein muss, dass
- eine klare Trennung zwischen der geförderten nicht wirtschaftlichen Tätigkeit und einer wirtschaftlichen Tätigkeit nach Kosten, Finanzierung und Erlösen erfolgt, so dass keine Gefahr der Quersubventionierung der wirtschaftlichen Tätigkeit besteht.
- die wirtschaftliche eine reine Nebentätigkeit ist, die mit dem Betrieb der Hochschule oder der Universitätsklinik unmittelbar verbunden und dafür erforderlich ist oder die in untrennbarem Zusammenhang mit der nicht wirtschaftlichen Haupttätigkeit steht und ihr Umfang begrenzt ist. Für die wirtschaftliche Tätigkeit werden dieselben Inputs (wie Material, Ausrüstung, Personal und Anlagenkapital) wie für die nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten eingesetzt und die für die wirtschaftliche Tätigkeit zugewiesene Kapazität beträgt nicht mehr als 20% an der jährlichen Gesamtkapazität der Hochschule bzw. Universitätsklinik.
- g) Ich/ Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 4 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Ich/ Wir erkläre(n), dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausgaben für eine Verlagerung gemäß Artikel 66 Absatz 1 Verordnung (EU) 2021/1060 in Verbindung mit Artikel 2 Nr. 27 Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 gefördert werden. Eine Verlagerung ist gemäß Artikel 2 Nr. 61a Verordnung (EU) Nr. 651/2014 die Übertragung derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit oder eines Teils davon von einer im Gebiet einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte (ursprüngliche Betriebsstätte) zu der im Gebiet einer anderen Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen Betriebsstätte, in der die geförderte Investition getätigt wird (geförderte Betriebsstätte). Eine Übertragung liegt vor, wenn das Produkt oder die Dienstleistung in der ursprünglichen und in der geförderten Betriebsstätte zumindest teilweise denselben Zwecken dient und der Nachfrage oder dem Bedarf desselben Typs von Verbrauchern gerecht wird und in einer der im Europäischen Wirtschaftsraum gelegenen ursprünglichen Betriebsstätten des Beihilfeempfängers Arbeitsplätze im Bereich derselben oder einer ähnlichen Tätigkeit verloren gehen.
- j) Ich/ Wir erkläre(n), dass wir das Hinweisblatt zur Achtung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (siehe Downloadbereich der Antragsunterlagen auf der Homepage der IB zur Kenntnis nehmen und das Vorhaben im Einklang damit umsetzen werden. Mir/ Uns ist bewusst, dass eine Verletzung der in der Charta verankerten Grundrechte im Zusammenhang mit der Umsetzung des beantragten Vorhabens zu einer teilweisen oder vollständigen Zurückziehung der Zuweisung führen kann.
- k) Ich versichere/ Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/ Unterlagen. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- l) Mir/ Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/ Wir verpflichte(n) mich/ uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/ Auskünfte zu erbringen/ zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/ wir mich/ uns damit einverstanden.
- m) Ich/ Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung des Antrags einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/ wir die Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Ich/ Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).

Ja

Nein

- o) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/ Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.2, 1.3, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5., 2.6.1, 2.6.2, 2.6.3, 2.6.4, 2.7.1, 2.7.2, 2.7.3, 3.1, 3.2, 4.1, 4.2, 4.3, und 6.b), 6.c), 6.d), 6.e), 6.f), 6.g), 6.h), 6.i), 6.j, 6.k) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 2, 3, 4, 5 beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuweisung (§ 4 SubvG).

Elektronische Kommunikation: In der Regel erfolgt der gesamte Informationsaustausch zum geförderten Vorhaben elektronisch mit der Bewilligungsstelle über das **IB-Kundenportal**. Ausnahmen hiervon sind bei der Bewilligungsstelle zu beantragen und zu begründen. Für die Nutzung des **IB-Kundenportals** ist eine **Registrierung erforderlich**. Nähere Informationen zum **IB-Kundenportal** finden Sie unter <https://www.ib-sachsen-anhalt.de/kundenportal>.

7. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

7.1 Veröffentlichung

Mir/ uns ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabenrelevanten Daten gemäß Artikel 49 Absatz 3 Verordnung (EU) 2021/1060 veröffentlicht wird.

7.2 Hinweise zur Datennutzung

Auf unserer Homepage finden Sie unter „<https://www.ib-sachsen-anhalt.de/datenschutzhinweise>“ eine umfassende Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie die Rechte, die Ihnen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zustehen. Wir bitten Sie, jede betroffene natürliche Person, deren personenbezogene Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung verarbeitet werden, auf die jeweilige Verarbeitungstätigkeit und Verantwortung im Rahmen dieser Prozesse sowie auf die oben genannten Datenschutzhinweise aufmerksam zu machen.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/ DES KUNDEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)